

Wirtschaftskrise: Die Regierung vergisst auf den Beschäftigungsmotor der österreichischen Wirtschaft

Das Grüne Unterstützungspaket für Ein-Personen-Unternehmen, Mikro- und Kleinstbetriebe

Eva Glawischnig

Bundessprecherin der Grünen

Volker Plass

Bundessprecher der Grünen Wirtschaft

Montag, 6. April, 10.30 Uhr
Grüner Presseraum, Löwelstraße 12/2, 1017 Wien

Rückfragehinweise:

Pressebüro Grüne
Tel. 01 / 40110-6697, presse@gruene.at

Pressebüro Grüne Wirtschaft
Tel. 0664 / 831 74 23, presse@gruenewirtschaft.at

www.gruene.at

www.gruenewirtschaft.at

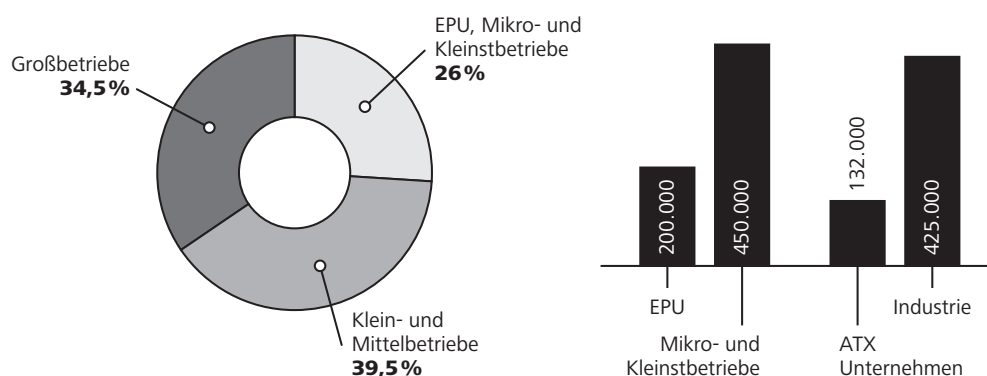
Ausgangslage

Beschäftigungsmotor Kleinstbetriebe noch stabil

Die Finanz und Wirtschaftskrise hat – von einigen wenigen Branchen (z. B. der Werbewirtschaft) abgesehen – auf den Bereich der Ein-Personen-, Mikro- und Kleinstbetriebe (90% der heimischen Unternehmen) noch nicht voll durchgeschlagen. Stimmung und Erwartungshaltung sind jedoch sehr gedämpft bis schlecht.

Diese 320.000 österreichischen Gewerbebetriebe mit maximal 9 unselbstständig Beschäftigten sichern mehr als 650.000 Arbeitsplätze und sind damit Rückgrat und Stabilitätsfaktor unserer Volkswirtschaft (siehe Grafik). Zum Vergleich: Alle ATX-Unternehmen haben derzeit gemeinsam ca. 132.000 Beschäftigte.

Arbeitsplätze in der Gewerblichen Wirtschaft Unselbstständig Beschäftigte + Unternehmer-Arbeitsplätze



Die Arbeitslosigkeit steigt derzeit hauptsächlich im Bereich der großen Industriebetriebe, während sich die kleinen Unternehmen in den meisten Branchen durch eine geringe Fluktuation und eine hohe Behalterate auszeichnen.

Damit die Kleinbetriebe als Beschäftigungsmotor der österreichischen Wirtschaft stabil durch die Krise kommen, braucht es aber jetzt wirksame Sofortmaßnahmen. Die Bundesregierung hat auf diese Betriebe vergessen und bisher nur die Großen unterstützt. Die Grünen fordern daher ein Drei-Punkte-Paket zur Unterstützung der Kleinstbetriebe (siehe Seite 4).

Konjunkturpakete der Regierung: inhaltslos und träge

Um die Rezession zu bekämpfen hat die Regierung zwei „Konjunkturpakete“ beschlossen, die jedoch sehr träge, größtenteils inhaltslos und nicht unmittelbar wirksam sind. Wenn durch diese Pakete Investitionen ausgelöst werden, dann wahrscheinlich erst ab 2010.

So wird für das Kernstück des ersten Konjunkturpakets, den „Mittelstandsfonds“, im April 2009 noch immer eine Geschäftsführung gesucht, die dann erst Förderleitlinien entwerfen muss.

Auch das zweite Konjunkturpaket tendiert Richtung Wirkungslosigkeit:

- Öffentliche Aufträge: Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) hat gar nicht ausreichend baureife Projekte, um die von der Regierung geforderten 875 Mio. Euro (für 2 Jahre!) vorzuziehen.
- Thermische Sanierung: Der thermische Sanierungsscheck in Höhe von 100 Mio. Euro ist viel zu gering, um bei der Wohnbausanierung Durchbrüche zu erzielen.
- Kreditprogramme: Die Kreditprogramme des Konjunkturpakets helfen nur jenen Unternehmen, die investieren oder modernisieren bzw. neue Produkte oder Produktionsverfahren einführen. Sie dienen nicht dazu, die durch die Krise angeschlagenen Unternehmen im Sinne einer Liquiditätsunterstützung zu stabilisieren.
- Überbrückungshilfen: Es gibt kein Programm zur Überbrückungsfinanzierung, das einen Ersatz für derzeit von den Banken nicht gewährte Betriebsmittelkredite darstellt.

Banken-Hilfspakete für Kleinbetriebe wenig hilfreich

Die großzügigen Banken-Hilfspakete haben bislang auch noch nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Unklar ist, inwieweit bei Inanspruchnahme von Partizipationskapital den Banken die offensivere Vergabe von Krediten tatsächlich vorgeschrieben wurde, wie das im Gesetz bzw. in der betreffenden Verordnung vorgesehen ist.

Quantitative Vorgaben wie etwa in Frankreich (Aufrechterhaltung des jährlichen Kreditwachstums von 3 bis 4 Prozent) oder Großbritannien (Kreditvergabe an KMUs drei Jahre lang auf dem Niveau wie 2007) fehlen bzw. sind aufgrund der geheim gehaltenen Verträge undurchsichtig.

Das am vergangenen Donnerstag von Finanzminister Josef Pröll überraschend präsentierte 10-Milliarden-Programm zur Haftung für Firmenkredite als Teil des Bankenpakets deutet an, dass es noch nicht gelungen ist, den Finanzierungskreislauf wieder in Schwung zu bringen. Abgesehen davon ist ungewiss, ob der Koalitionspartner SPÖ dieses Vorhaben nicht blockiert.

„Kreditklemme“

Die Banken fahren derzeit eine Null-Toleranz- und Null-Risiko-Politik (fatale Doppelwirkung von Finanzkrise und Basel-II). Fest steht, dass sowohl die internen Richtlinien für die Vergabe von Krediten als auch die Kreditbedingungen (z. B. Zinsspannen, Sicherheitserfordernisse etc.) massiv verschärft wurden.

Große Probleme gibt es deshalb einerseits bei langfristigen Finanzierungen, andererseits bei der Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsprobleme. So werden Kontokorrentkredite (Überziehungsrahmen) derzeit häufig nicht verlängert bzw. gekürzt. Auch bei Kreditversicherungen und Bankgarantien gibt es derzeit massive Schwierigkeiten.

Grünes Drei-Punkte-Paket zur Unterstützung der Kleinstbetriebe

Die Ein-Personen-, Mikro- und Kleinstbetriebe sind schon bald die Leidtragenden der Krise. Auch in diesem Bereich gibt es durch Auftragsrückgänge „Kurzarbeit“. Während jedoch die Industrie derzeit rund 50.000 ArbeitnehmerInnen in entsprechenden Kurzarbeits-Programmen geparkt hat, gibt es für EPU's, Mikro- und Kleinstbetriebe keinerlei Unterstützung.

Jetzt braucht es kurzfristig einsetzbare, unbürokratische und niederschwellige Instrumente, die diese Unternehmen auch in der Krise dazu befähigen, der stabilisierende Faktor der österreichischen Volkswirtschaft zu sein. Die Grünen fordern deshalb ein Drei-Punkte-Paket zur Unterstützung der Ein-Personen-Unternehmen, Mikro- und Kleinstbetriebe:

1. Steuerstundung als sofortige Staatshilfe für kleine Unternehmen

Die Grünen schlagen vor, das Instrument der Steuerstundung als staatliche Unterstützung zur kurzfristigen Überbrückungsfinanzierung einzuführen.

Modell: Für diverse Steuerzahlungen gibt es je nach Steuerart und Unternehmensrechtsform unterschiedliche Zahlungstermine und Zahlungsmodalitäten (z. B. Umsatzsteuer monatlich). Vorstellbar wäre, dass ein Unternehmen durch eine formlose Null-Meldung ans Finanzamt eine Steuerstundung in Anspruch nimmt und für einen gewissen Zeitraum (z. B. 3 bis 6 Monate) die frei gewordenen Mittel indirekt als „Betriebsmittelkredit“ zur Überwindung von Liquiditätsengpässen verwenden kann.

Um eine missbräuchliche Verwendung (Mitnahmeeffekte) auszuschließen, muss der Steuerstundung eine entsprechende Verzinsung gegenüberstehen. Der Zinssatz sollte mindestens die Refinanzierungskosten für den Staat (ca. 4,5%) abdecken.

2. Sofort wirksame Steuerreform 2009 auch für Selbstständige

Die Grünen fordern: Die Finanzämter sollen von sich aus tätig werden und die Raten für die Einkommensteuer-Vorauszahlungen der Quartale 2–4/2009 neu berechnen. Damit würden Selbstständige so behandelt wie ArbeitnehmerInnen, für die die Steuerreform ab April 2009 automatisch berücksichtigt wird.

Zu Jahresbeginn wurden für Selbstständige die Einkommensteuer-Vorauszahlungen nach dem alten Tarif berechnet. Es besteht zwar die Möglichkeit, dies durch einen Herabsetzungsantrag korrigieren zu lassen. Dies ist aber unnötig bürokratisch, da bzgl. des neuen, niedrigeren Tarifs ein Rechtsanspruch besteht.

3. Keine höheren Steuervorauszahlungen im Krisenjahr 2009

Die Grünen verlangen, dass das Finanzamt im Zuge der korrigierten Vorausberechnung der Einkommensteuer heuer darauf verzichtet, eine automatische Ertragssteigerung anzunehmen (4 bzw. 5% jährlich, lt. §45 Abs.1 EStG). Diese wird 2009 in den meisten Fällen nicht eintreten, was ebenfalls amtswegig korrigiert werden muss. Vorstellbar ist, entweder heuer einmalig auf diesen Anpassungsfaktor zu verzichten oder generell eine Anpassung der Ertragssteigerungen an WIFO-Prognosen einzuführen.

Arbeitgeberbetriebe der Gewerblichen Wirtschaft

Beschäftigtengrößenklasse	Betriebe	%	Beschäftigte	%	
1 bis 4	93.151	61,6%	181.792	8,2%	Mikrobetriebe
5 bis 9	26.747	17,7%	174.798	7,9%	Kleinstbetriebe
10 bis 19	15.593	10,3%	209.446	9,4%	Kleinbetriebe
20 bis 49	9.707	6,4%	294.103	13,2%	
50 bis 99	3.013	2,0%	207.321	9,3%	Mittelbetriebe
100 bis 149	1.079	0,7%	129.628	5,8%	
150 bis 199	504	0,3%	86.770	3,9%	
200 bis 249	318	0,2%	70.881	3,2%	
250 bis 499	630	0,4%	216.346	9,7%	Großbetriebe
500 bis 999	277	0,2%	187.892	8,4%	
1000 und mehr	164	0,1%	466.234	21,0%	
	151.183	100,0%	2.225.211	100,0%	

Quelle: Unternehmensregister der Statistik Austria / Stand 31.12.2008

In diesen Daten sind jene Arbeitsplätze nicht enthalten, die die UnternehmerInnen selbst sichern – nämlich ihre eigenen. Dies ist besonders bei den rund 200.000 gewerblichen Ein-Personen-Unternehmen (EPU) der Fall, die im Unternehmensregister der Statistik Austria teils gar nicht enthalten sind. So weißt z. B. die Mitgliederstatistik der WKÖ für Ende 2008 fast 400.000 Mitgliedsbetriebe aus.

Dies führt dazu, dass die Beschäftigtenzahlen im Bereich der Ein-Personen-, Mikro- und Kleinstbetriebe systematisch unterbewertet sind. Laut EU-Kommission / EUROSTAT stellen allein Österreichs EPU bereits rund 7% aller Beschäftigten!

Man kann also davon ausgehen, dass die 200.000 EPU und die mehr als 100.000 Kleinstbetriebe insgesamt auch mindestens 300.000 „Unternehmer-Arbeitsplätze“ sichern, die in derartigen Statistiken nicht sichtbar sind. Zum Vergleich: Das sind mehr als doppelt so viele Beschäftigte wie alle ATX-Unternehmen insgesamt umfassen (dzt. ca. 132.000).

Diese Darstellung spiegelt die Realität wider:

Beschäftigtengrößenklasse	Betriebe ¹	%	Beschäftigte ²	%	
0 bis 9	319.898	91,1%	656.590	26,0%	EPU, Mikro-, Kleinstbetriebe
9 bis 249	30.214	8,6%	998.149	39,5%	„Klassische KMU“
250 und mehr	1.071	0,3%	870.472	34,5%	Großbetriebe
	351.183	100,0%	2.525.211	100,0%	

Quelle: Statistik Austria / WKÖ / Eigene Abschätzungen

1. Anzahl Betriebe um 200.000 Ein-Personen-Unternehmen ergänzt. Quelle: „Ein-Personen-Unternehmen in Österreich, Daten 2006“, WKÖ
2. Anzahl Beschäftigte um 300.000 „Unternehmer-Arbeitsplätze“ im Bereich EPU, Mikro- und Kleinstbetriebe ergänzt.

Drei Fallbeispiele

Raimund K., 48 Jahre Gewerblicher Übersetzer in Wien Ein-Personen-Unternehmer

Herr K. ist auf wissenschaftliche Übersetzungen für Pharma-Unternehmen spezialisiert. Seit Jahren arbeitet er für vier große Kunden und kann davon halbwegs leben.

Nun hat eines dieser Pharma-Unternehmen die Produktion und das Marketing in Österreich eingestellt, ein zweiter Kunde bezahlt seit Monaten seine Rechnungen nicht oder nur mit großer Verspätung.

Herr K. hat dadurch ernste Probleme. Neue Kunden für sein Spezialgebiet zu finden, dauert oft Monate, und die Fixkosten wie z. B. die Büromiete und die Sozialversicherungsbeiträge laufen weiter.

Karin P., 37 Jahre Betreiberin einer Mode-Boutique in Salzburg 2 Teilzeitkräfte im Verkauf

Frau P. betreibt ein kleines Modegeschäft mit rund 250.000 Euro Umsatz. Zwei mal pro Jahr kauft Frau P. in großem Stil Waren ein, wofür sie jeweils rund 40.000 Euro benötigt.

Dafür hat ihr ihre Hausbank immer einen Kontokorrentkredit gewährt, den Frau P. benötigte, um die Waren fristgerecht bezahlen und Skontogebühren ausnützen zu können.

Nun hat ihre Hausbank den Kreditrahmen plötzlich auf ein Drittel gekürzt. Frau P. besitzt zwar eine unbelastete Eigentumswohnung, aber in der Bilanz ihres Unternehmens spielt das keine Rolle. Da die Bank der Meinung ist, dass ihre „Eigenkapitaldecke zu gering“ ist, hat Frau P. bei der Zwischenfinanzierung derzeit große Probleme.

Karin und Helmut S., Tischlerei (Familienbetrieb in 2. Generation) 7 Mitarbeiter, 1 Lehrling

Die Tischlerei der Familie S. läuft eigentlich halbwegs. Da derzeit viele Menschen „in Sachwerte flüchten“, konnte der Kleinbetrieb die plötzliche Verschiebung eines Großauftrages gut verkraften. Das Problem: Die Bank sieht das anders.

Vor drei Jahren wurde die Tischlerei modernisiert und neue Maschinen angeschafft. Seitdem läuft ein relativ großer Kredit. Nun wurde Herr S. von seinem Bankbetreuer zu einem Gespräch gebeten: Der alte Investitionskredit, der laufende Kontokorrentkredit und immer wieder eine neue Bankgarantie – das sei derzeit ein wenig viel. Herr S. möge sich entscheiden, was ihm am wichtigsten sei und sein Risiko reduzieren. Er könne ja auch Verwandte ersuchen, ihm Geld zu leihen oder ihm bei der rascheren Rückzahlung des Kredits zu helfen.

Auch die Kreditversicherung der Tischlerei S. hat unlängst mitgeteilt, dass das Volumen für die Versicherung größerer Aufträge im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden muss.